

# Konjunkturen der Krise

Mario Candeias

»Aufschwung! Die Krise ist vorüber!« hieß es in Deutschland im zweiten Halbjahr 2010. Doch große strukturelle oder »organische« Krisen wie die gegenwärtige, verlaufen in unterschiedlichen Konjunkturen. Einige haben wir bereits erlebt: Finanzkrise, Weltwirtschaftskrise, Schuldenkrise, Repräsentationskrise. Der nächste Akt des Dramas mit »Währungskrieg« und neuer Rezession steht bevor. Denn schon die grundlegenden ökonomischen Ursachen der Krise werden nicht angegangen – von den anderen Dimensionen der multiplen Krise ganz zu schweigen. Im Gegenteil: die Form der Bearbeitung der Krise bereitet jeweils die nächste Krisenkonjunktur vor. Seine vorantreibende gesellschaftliche Funktion hat der Neoliberalismus verloren. Es mangelt an ausreichend Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um sowohl den Akkumulationsbedürfnissen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage oder zumindest nach Perspektive nach zu kommen. Die Versprechen wurden gebrochen. Die aktive Zustimmung der Bevölkerung ist brüchig geworden. Wir stehen am Beginn einer erneuten Transformation des Kapitalismus. So wie es ist, bleibt es nicht.

Das Alte stirbt, während das neue nicht zur Welt kommen kann. Die Zersetzung des transnationalen geschichtlichen Blocks hat begonnen, die *Widersprüche zwischen den Fraktionen des Machtblocks* vertiefen sich (Candeias 2009b). Unterschiedliche Fraktionen treiben in verschiedene Richtungen. Zur Zeit gibt es einen herrschenden Block an der Macht, aber kein hegemoniales Projekt mehr. Die neoliberalen Institutionen werden noch lange fort wirken (ähnlich wie nach dem Ende des Fordismus), ihre Position ist aber nur noch eine »herrschende«, keine »führende« (Gramsci, Gef. 2, 354). Mangelnde Alternativen und ein »bizarro zusammengesetzter« Alltagsverstand halten noch einen passiven Konsens. Während die neoliberale Ideologie bei großen Teilen der Bevölkerung diskreditiert ist, haben die Subjekte diese Ideologie tief in ihre Handlungsmuster und ihren Habitus eingeschrieben. Viele sind offen für kapitalismuskritische, gar sozialistische Positionen. Zugleich betrachten sie diese als unrealistisch, weil mit ihnen auch keine wirkliche Machtperspektive oder auch nur eine Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit verbunden ist (ausführlich Candeias 2010b).

Die neoliberalen Kräfte sind noch stark genug, um weitergehende Reformen und Transformationen zu blockieren ohne selbst ein neues Projekt jenseits des Sparens formulieren zu können. Daraus ergibt sich eine Konstellation des Übergangs oder besser ein Interregnum ohne klare Richtung, voller Inkonsistenzen, mit konkurrierenden Projekten, umkämpften Schritten in unterschiedliche Richtung. Eine solche Übergangszeit zwischen zwei Perioden kapitalistischer Entwicklung kann lange währen, ein Jahrzehnt zumindest, krisenhafter noch als in Zeiten des hegemonialen Neoliberalismus.

Zur Zeit verschiebt sich der Brennpunkt der Krise. Krisenmanagement soll die Verdichtung der Krisen verhindern. Zum Teil gelingt dies auch. Doch die Form der Bearbeitung der Krise bereitet jeweils die nächste Krisenkonjunktur, den nächsten Akt des Dramas vor, in unterschiedlichen Ländern durchaus ungleichzeitig. Die einzelnen Momente der Krise sind also nicht zufällig, verdichten sich oder nicht, sondern sind auf engste miteinander verbunden, hängen »organisch« zusammen. Ich beschränke mich hier auf einige ökonomische Aspekte. Weitere molekulare Veränderungen bzw. multiple generische Krisen (»multiple Krise«) können an dieser Stelle nicht behandelt werden.

1. Die größte Finanzkrise seit 1929 wurde mit gigantischen Bankenrettungsprogrammen und unbegrenzter Bereitstellung von Liquidität durch die Zentralbanken bearbeitet, um einen Zusammenbruch des Finanzsystems zu vermeiden – dies war der erste Akt. Die Kredit- und Finanzkrise legte eine Weltwirtschaftskrise frei, die mit einer Welle von Konjunkturprogrammen bearbeitet wurde. Allein die USA setzten über 2 Bio. US-Dollar ein, um die Auswirkungen der Krise einzudämmen. Weitere 3 Bio. an Krediten vergab die Zentralbank Federal Reserve, um Banken zu stützen (z. B. über 300 Mrd. an die Deutsche Bank). Die Rettungsschirme der EU und der Mitgliedstaaten umfassen zusammengenommen ein Volumen von ebenfalls über 2 Bio. €. Hinzu kommen Konjunkturprogramme in Höhe von 600 Mrd. €. Die Federal Reserve versucht durch allerlei Maßnahmen die Wirtschaft zu stimulieren und durch den Ankauf von Hypothekenspapieren und Staatsanleihen in Höhe von über 800 Mrd. US-Dollar die Liquidität zu sichern. Seit März 2010 investiert sie darüber hinaus monatlich 100 Mrd. US-Dollar in solche Titel (FTD 18. 10. 2010). Auch die EZB und andere Zentralbanken folgten diesem Beispiel, jedoch viel zurückhaltender und inkonsequent.

Unterdessen verschärfte die strukturkonservative Stabilisierung bestehender Industrien (z. B. Abwrackprämie), Zurückschrauben der Emissionsgrenzwerte, Ende der Solarförderung und ausbleibende Investitionen zugleich die ökologische Krise.

Zwar werden mit Basel III und der Finanzmarktreform in den USA die größten Re-Regulierungsmaßnahmen seit 40 Jahren durchgesetzt. Doch blockieren unterschiedliche Interessen zwischen den Regierungen und die starke Gegenwehr der Finanzinstitutionen ein abgestimmtes Vorgehen. Eine ernsthafte Regulierung, gar ein Abschmelzen der Finanzvermögen (durch kontrollierte Vernichtung/Abschreibung und Sozialisierung) wie in den 1930er Jahren findet nicht statt (vgl. Wahl 2010).

Vielmehr führten die keynesianisch inspirierten Reaktionen auf die Krise zu einer enormen Ausgabensteigerung der Staaten – allerdings ohne dass die finanzielle Überakkumulation signifikant abgebaut worden wäre: nur ca. 2 Bio. US-Dollar fiktiven Kapitals wurden laut Financial Stability Board real abgeschrieben und damit vernichtet – bei einem Bestand von geschätzten 200 Bio. US-Dollar privat-gehaltener Geld-/Finanzvermögen (Angaben laut IWF bzw. UNCTAD).

2. Die krisenbedingte Ausgabensteigerung des Staates eröffnet den dritten Akt: eine Schuldenkrise. Das Haushaltsdefizit in den USA stieg auf ein Rekordhoch von 1,75 Bio. US-Dollar, verbunden mit einem Anstieg der Verschuldung auf über 13 Bio. US-Dollar (das sind ca. 85% des BIP; Handelsblatt 7. 4. 2010). Hinzu kommen ca. 900 Mrd. US-Dollar für die beschlossene Gesundheitsreform und weitere Milliarden

für Infrastrukturprojekte. Das Congressional Budget Office beziffert das kumulative Defizit von 2011 bis 2020 auf fast 10 Bio. US-Dollar. Daran ändert auch das beabsichtigte Sparpaket von 250 Mrd. US-Dollar in den nächsten zehn Jahren wenig.

Die Schuldenkrise trifft nicht zuletzt auch die Eurozone. Griechenland und Irland sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Die Euro-Zone liegt mit einem Schuldenstand von über 80% und Neuverschuldungsquoten von mehr als 6% für 2010 wie auch für 2011 (beides in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) deutlich über den Maastricht-Kriterien (Gesamtschuldenstand nicht über 60%, jährliche Neuverschuldung maximal 3% des BIP). Am härtesten betroffen sind nicht etwa die besonders ausgabenfreudigen Länder, sondern jene, die in der Vergangenheit besonders mit niedrigen Steuersätzen um das scheue Reh Kapital buhlten und eher niedrige Staatsquoten aufwiesen. Innerhalb kürzester Zeit werden erneut hunderte von Milliarden Euro mobilisiert, um das Schlimmste zu verhindern: den Staatsbankrott eines Mitgliedes der Eurozone, der schlimmere Folgen nach sich ziehen würde als der Lehmann-Schock.

Nun überbieten sich die Regierungen mit Sparprogrammen: Rentenkürzungen, Lohnkürzungen, Kürzungen bei Kindergeld oder Familienhilfen, Senkung der Arbeitslosenhilfe – Spanien will sie ganz streichen – und ein Investitionsstopp, der auch vor notwendigen Ausgaben für Infrastrukturen, Kinderversorgung oder Bildungseinrichtungen nicht halt macht – die Reproduktionskrise wird auf diese Weise weiter vertieft.

Damit vertieft sich auch die lange grassierende Repräsentationskrise. Die sozialistische Regierung Ungarns hat sich bereits selbst geopfert, um den Haushalt zu sanieren. Jetzt regieren dort Rechtsnationale mit Nationalfaschisten. Minister der Regierung Zapatero befürchten, bereits jetzt die nächsten Wahlen verloren zu haben. Die irische Regierung wurde bei den jüngsten Wahlen davongejagt, ihr Koalitionspartner, die Grünen, flogen aus dem Parlament. Auch in Deutschland manövrierte die Inkonsistenz der Politik der Regierung letztere Ende 2010 in eine Krise und Umfragentiefs.

Es kommt zur Entkopplung der Exekutive von der breiteren politischen Willensbildung, Entscheidungen werden als unumgängliche Notwendigkeiten dargestellt. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, vor allem in der gefährdeten Mittelklasse, hat das Gefühl, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen mehr nehmen zu können (Heitmeyer 2010, 27), was nicht unmittelbar zur Repolitisierung führt, sondern zunächst zu einem Rückzug ins Private. Colin Crouch (2008) bezeichnet dies als eine »postdemokratische« Tendenz, bei der demokratische Verfahren zwar formal erhalten bleiben, aber substanziell entleert werden. Das Vertrauen in Politiker sinkt dramatisch und die Wut über die Folgen der Krise hat sich massiv verstärkt (vgl. Klein/Heitmeyer 2010, 174; Eurobarometer 26. 8. 2010). Phänomene wie die Proteste gegen Stuttgart 21, gegen den Castor und die Verlängerung der Atomlaufzeiten sind ein erster Ausdruck davon. Viel bedrohlicher ist jedoch eine weitere Entwicklung: immerhin 92% der Unternehmer halten die Regierung für inkompetent. Der Spiegel ruft mit seinem Titel vom 14. Juni »Aufhören!«. Bürgerliche Medien und die Wirtschaft entziehen ihren eigenen RepräsentantInnen das Vertrauen, initiieren verschiedene Kampagnen gegen Regierungspolitiken.

3. Die Schuldenkrise befördert die ohnehin großen Leistungsbilanzungleichgewichte. Die Bundesrepublik etwa als Hauptverursacher der Ungleichgewichte innerhalb

der Währungsunion ist zugleich Hauptprofiteur der Krise, zumindest die Exportindustrie: am stärksten von der Wirtschaftskrise im Herbst 2008 betroffen, mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um mehr als 5% in 2009 und einem Einbruch der Exportaufträge um bis zu 50% je nach Branche – erlebt nun wieder einen Auftragsboom. Ursächlich ist nicht zuletzt die mit der Schuldenkrise verbundene Abwertung des Euro. Speziell deutsche Autos sind beliebter denn je bei der wachsenden Zahl an Reichen in China und Indien (allein in China ist die Nachfrage nach Autos 2010 um 130% gestiegen). Wieder wird Deutschland Exportweltmeister mit einem Handelsbilanzüberschuss von etwa 75% des BIP.

Die einseitige Orientierung auf Exportwachstum geht einher mit seit 1990 stagnierenden Reallöhnen (auch im Boomjahr 2007/8). In keinem europäischen Land ist der Niedriglohnsektor so rasant gewachsen. Der Aufschwung nach dem tiefen Abschwung hat zwar auch zu mehr Jobs geführt – allerdings sind wieder zwei Drittel prekäre Jobs; die Zahl der LeiharbeiterInnen stieg auf einen Rekord von 1,5 Mio. Und die Lohnsteigerungen – sofern es sie gibt – bleiben unterhalb von Inflation und Produktivitätssteigerungen. Der Konsum spielt als konjunkturelle Stütze daher kaum eine Rolle: Sein Beitrag zum realen Wirtschaftswachstum lag zwischen 2001 und 2007 bei durchschnittlich 0,11% pro Jahr. Dieses Jahr wird der Konsum schätzungsweise um 1,3% wachsen – kann jedoch damit das Exportwachstum keineswegs ausgleichen. Kaum ein anderes Land ist so abhängig vom Export: ca. 45% des BIP hängen davon ab – und nach jüngsten Berechnungen der OECD ist die Tendenz wieder steigend.

Währenddessen trocknen öffentliche Dienstleistungen aus. Die Investitionslücke bei öffentlichen Infrastrukturen wird auf 140 Milliarden Euro geschätzt. Die Investitionen erreichen Rekord-Tiefststände: trotz der Konjunkturprogramme legten die öffentlichen Investitionen im Jahr 2010 nur um 0,5% zu – für 2011 wird aufgrund der Sparmaßnahmen ein Minus von 16% erwartet (OECD). Private Investitionen waren bereits vor der Krise niedrig – und trotzdem sinkt die Investitionsrate weiter. Die realen Nettoinvestitionen (also Bruttoinvestitionen minus Kapitalentwertung) fielen von 8% auf 2,7%, in den USA von 9% auf 2,8% – in der Industrie gibt es in beiden Ländern reale Desinvestitionen (Quelle: EU-Kommission / Statistisches Bundesamt Deutschland). Die Investitionen trugen damit seit 2001 jährlich mit minus 0,1% zum Wachstum bei – also gar nicht. Währenddessen realisiert die Bundesrepublik jährlich einen Handelsbilanzüberschuss von mehr als 200 Mrd. €, nicht nur auf Kosten der Binnenentwicklung und der Löhne. Vielmehr tragen diese Überschüsse entscheidend zu wachsenden globalen Ungleichgewichten bei – nicht zuletzt in der Eurozone.

Während Deutschland exportiert als gäbe es kein Morgen, bleiben die sog. PIGS-Staaten – Portugal, Irland, Griechenland und Spanien, aber auch GB in der Rezession stecken. Unter dem harten Druck der EU und der deutschen Regierung überbieten sich die Länder mit Sparprogrammen. Doch eines ist sicher: Wenn alle Staaten gleichzeitig sparen, Investitionen reduzieren und Mehrwertsteuern erhöhen trägt dies nicht zu Wachstum bei, sondern führt in die Rezession. Keine so guten Aussichten für deutsche Exporte bzw. nur durch Verdrängung der Konkurrenten v.a. in Europa und weitere Vertiefung der Ungleichgewichte.

Einige Konsequenzen sind bereits zu erkennen: Der Export in die PIGS-Staaten ist drastisch eingebrochen, um bis zu 30%. Als Folge der Sparmaßnahmen bewegt sich das Wachstum der Industrieproduktion in Europa im Sommer 2010 bereits wie-

der nahe der Null-Prozentmarke (Eurostat 13.9.2010). Laut Daniel Leigh vom IWF bewirkt die Konsolidierung des Staatshaushaltes eines Landes um 1% den Rückgang des Wachstums um ca. 0,5% und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 0,3% (FTD 18.10.2010). Angestrebte Konsolidierungsraten von um die 10% in einer Reihe europäischer Länder bedeuten also – wie sich bereits zeigt – unausweichlich tiefe Rezession. Kommen Länder wie Irland, Griechenland, Spanien, aber auch Großbritannien (kein Mitglied der Eurozone) nicht aus der rezessiven Situation heraus, ist die Schuldenkrise schnell wieder virulent und der europäische Rettungsschirm rasch ausgeschöpft.

Aber die Ungleichgewichte sind natürlich nicht auf Europa beschränkt: Das US-Wachstumsmodell, das sich für alle Exportökonomien so vorteilhaft auswirkte, ist Geschichte. Hohe Konsumraten, auf Pump finanziert durch massive Kapitalimporte aus aller Welt, die wiederum niedrige Zinsen ermöglichten – das wird es nicht wieder geben; die Haushalte in den USA werden nie wieder so viel konsumieren können; der »globale Konsument« fällt langfristig aus, was für die Weltwirtschaft enorme Auswirkungen mit sich bringt. Nun stehen US-Firmen, VerbraucherInnen, Staat und Finanzwesen mit 355% des BIP in der Kreide. Die Inflation erreicht die Null-Prozentmarke.

Eine Depression lässt sich nur dadurch verhindern, dass der Staat enorme Geldmengen in die Wirtschaft pumpt. Denn die Konjunkturaussichten sind unsicher: Nach den drastischen Einbrüchen des Konsums in den vergangenen Jahren steigern die Haushalte ihre Ausgaben zwar wieder. Nur stehen dem keine Einkommenszuwächse gegenüber, vielmehr sinkende Einkommen, d.h. die private Verschuldung steigt schon wieder – die Sparquote liegt bei minus 1,3% (FTD 15.10.2010). Die marktbasieren Einkommen machen gerade noch 68% der Gesamteinkommen aus – das ist der niedrigste Stand seit 1947, d.h. der Staat garantiert zunehmend die Einkommen. Und dennoch, trotz der gigantischen Konjunkturprogramme, steigt die Gesamtnachfrage gerade um 2%. Die privaten Investitionen erreichen einen neuen Negativrekord. Ohne die staatlichen Ausgabenprogramme läge die offizielle Arbeitslosenquote nicht bei 10%, sondern deutlich darüber. Ohne Staatsintervention kein ausreichendes Wachstum (1,4 Prozentpunkte von den prognostizierten 3,2%). Das sich aus dieser »durch hohe staatliche wie private Verschuldung geprägten Gemengelage ein stabiler Aufschwung entwickelt, ist ungefähr so wahrscheinlich wie die Rückzahlung sämtlicher ausstehender griechischer Kredite« – die USA sind »auf dem direkten Weg in den nächsten Akt der Krise« (FTD 4.5.2010, 17).

4. Die globalen ökonomischen Ungleichgewichte führen zu einer verschärften Währungskonkurrenz (manche sprechen vom »Währungskrieg«). Die mangelnde internationale Abstimmung – das Versagen der G20 – befördern angesichts sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher Bedingungen (und ideologischer Ausrichtungen) einzelstaatliche Lösungen. Während in Europa über die Erziehung der haushaltspolitisch »verlotterten« Griechen europaweit eine austeritätspolitische Wende in Richtung prozyklischer Politiken vollzogen wurde, versuchen die USA der Welt eine Inflation aufzuzwingen, um ein Ableiten ihrer Ökonomie in die Depression zu verhindern.

Wo man hinblickt, ist in den USA nun der Staat im Spiel. Er muss Jobs schaffen, Arbeitslose bezahlen, für Investitionen sorgen und Krankenhausrechnungen

begleichen. Und da er das Geld dafür nicht hat, muss er es sich auf dem Kapitalmarkt beschaffen. US-Staatsanleihen gelten gerade in Krisenzeiten als sicher. Jedoch müssen die USA kurzfristig für Anleihen in Höhe von 2,55 Bio. AbnehmerInnen finden – allein in den nächsten 12 Monaten. Eine Flut von Staatspapieren, die nicht einmal China schultern kann. Vor diesem Hintergrund kündigt die US-Zentralbank immer wieder eine »quantitative Lockerung« an. Sie kauft weiter US-Staatsanleihen (monatlich für ca. 100 Mrd. US-Dollar) an und versucht den realen Leitzinssatz von mittlerweile *minus* 1% noch weiter zu drücken. So versucht sie nicht nur die Liquidität der eigenen Wirtschaft zu sichern und die Schuldenlast von Unternehmen, HauseigentümerInnen und KonsumentInnen zu mindern, sondern schwächt auch den Wechselkurs des US-Dollar, was Exporte stimulieren soll.

Die Auswirkungen dieser Politik bekommt beispielsweise Japan zu spüren. Der Yen wurde binnen kürzester Zeit aufgewertet. Damit bricht der japanische Export ein und gefährdet die minimale Erholung der japanischen Wirtschaft. Auch sog. Schwellenländer wie Brasilien leiden unter der Verteuerung ihrer Exporte und der Überschwemmung ihrer Märkte mit Kapital auf der Suche nach hohen Zinsen – was ohne Gegenmaßnahmen zur Überhitzung der Wirtschaft führen würde. Auch in China, wo steigende Preise, steigende Löhne und der Druck zur Aufwertung des Renminbi den schwächelnden Export gefährden und gleichzeitig Überhitzung und Überspekulation droht.

Während die USA also munter inflationieren, hält China mit minimalen Anpassungen an seinem Kurs fest. Da der Renminbi an den Dollar gekoppelt ist, ändert sich an den für die USA ungünstigen Währungsrelationen zwischen den beiden größten Ökonomien also nichts. Für Europa, Lateinamerika oder Japan handelt es sich jedoch um harte Aufwertungstendenzen. Der Euro wertete von Juni bis Oktober 2010 bereits um 17% auf (FTD 19. 10. 2010) – auch kein gutes Zeichen für den deutschen Export.

Es sind also in Zukunft heftige Wechselkursschwankungen zu erwarten. Diese führen zu erratischen Kapitalströmen auf der Suche nach hohen Zinsen und »sicheren« Anlagen, was abwechselnd mit Überhitzung, Blasen und wieder schnellem Abzug von Kapital sowie tiefen Krisen verbunden ist. Erinnern wir uns an die Folge von Krisen in den Jahren 1980ff (»das verlorene Jahrzehnt«) oder 1998ff: Asienkrise, Russland-Krise, Lateinamerika-Krise etc. Und Unternehmen müssen sich gegen die Schwankungen mit teuren Wechselkurssicherungsgeschäften auf Derivatebasis wappnen – und tragen einmal mehr zur Explosion an Finanzaktiva bei.

5. Die Überakkumulation wurde während der Krise bisher nicht substantiell reduziert. Die Summen des akkumulierten Vermögens führen zu Ansprüchen am Mehrwert, die die eigentliche Mehrwertproduktion um ein Vielfaches übersteigen (Husson 2010). Zyklische Krisen und modifizierte Akkumulationsstrategien konnten zwar die Verdichtung dieser molekularen, un stetig wachsenden Entwicklung über lange Zeiträume bearbeiten und verzögern, aber eine strukturelle Krise letztlich nicht verhindern. Die Hypothekenkrise (vgl. Candeias 2010a) war sozusagen der konjunkturelle Ausdruck dieser molekularen Veränderung hin zur strukturellen Krise.

Überakkumulation zeigt sich an wachsenden Kapitalmassen, für welche es an ausreichenden Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten mangelt. Trotz des In-

vestitionsbooms in Brasilien, Indien, China oder anderen aufstrebenden Ökonomien ist laut Angaben der Weltbank die Tendenz der Weltinvestitionsrate im Verhältnis zur (sinkenden!) Wachstumsrate seit 1979 fallend: Nach schroffem Absturz in den 1980er Jahren konnte sie sich bis Anfang nach der Krise 1990 kurzzeitig stabilisieren, blieb dann flach bis zu einem kleinen Investitionsboom im Zuge der New Economy Blase. Seither sind die Investitionen weiter gesunken. Sie liegen im Jahr 2008 mit rund 20% des globalen BIP auf einem historischen Tiefpunkt vier Prozent unter dem Wert von 1979. »Investitionen im Ausland kompensieren die schwache inländische Investitionsdynamik nicht« (Husson 2010).

Man kann sagen: die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter ist seit einigen Jahren nicht mehr gewährleistet. Die BIZ spricht vom »Mythos ökonomischer Erholung«: »Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, tendiert sie dazu, nach der Erholung weit unter ihrem vorherigen Niveau zu bleiben« (Cerra/Saxena 2007, 16). Insbesondere in Ländern mit starker Liberalisierung von Kapitalverkehr und Finanzmärkten vollzog sich die wirtschaftliche Erholung langsamer. Nach jeder Finanzkrise müsse mit langen Erholungsphasen gerechnet werden, oft zu lang, um zum alten Niveau zurück zu kehren, bevor die nächste Krise hereinbricht. Die Krisenzyklen werden immer kürzer, verlagern sich von den Peripherien immer stärker in die kapitalistischen Zentren – die fortschreitende Transnationalisierung führt zur Synchronisation der Zyklen, die Krisen werden tendenziell tiefer und länger. Wenn die Erholung der betroffenen Ökonomien im Durchschnitt vier Jahre dauert, sich aber alle vier bis fünf Jahre die Krise wiederholt, kann von Erholung im Sinne erweiterter Reproduktion nicht mehr die Rede sein (ebd., vgl. auch Krüger 2010, 408). Die globale Wachstumstendenz zeigt seit Ende der 1990er Jahre nach unten (Mariña/Cámara 2010, 12).

Angesichts der fortgesetzten – nicht nur aber speziell finanziellen – Überakkumulation, der globalen Ungleichgewichte, sinkender Investitionen aufgrund mangelnder Profitaussichten, sowie immer kürzerer Krisenzyklen und politischer Blockierungen, kann mit gewisser Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass die nächste Krise sich bereits anbahnt – möglicherweise 2013. Der Neoliberalismus ist erschöpft. Einzelnen wären und sind diese Krisen zu managen, in ihrer organischen Verbindung laufen sie auf eine Verdichtung der Widersprüche zu. Es gibt keine Alternative: es wird eine Transformation stattfinden. Die Frage ist, ob diese demokratisch, Schritt für Schritt und mehr oder weniger sozial und ökologisch gerecht stattfinden wird – oder eine »Explosion« (Gramsci 1991, 2063) hervor ruft? Das Interregnum wird bewegt sein.

## Literatur

- Candeias, Mario/ Rilling, Rainer (2009a) (Hg.) *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin, 10-37.
- Candeias, Mario (2009b) Die letzte Konjunktur. Organische Krise und »postneoliberale« Tendenzen, in: ders., *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie*, Vorwort zur verbesserten Neuauflage, 23-32.
- Candeias, Mario (2010a) *Ein fragwürdiger Weltmeister: Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit*, RLS-Standpunkte 14, Berlin.
- Candeias, Mario (2010b) *Subjekte in der Krise. Handlungsfähigkeit und Transformation*, Berlin.
- Cerra, Valerie/ Saxena, Sweta Charman (2007) *Growth dynamics: the myth of economic recovery*, BIS Working Papers No. 226
- Crouch, Colin (2008) *Postdemokratie*, Frankfurt/M.

Gramsci, Antonio (1991f.) Gefängnishefte, Berlin-Hamburg.

Heitmeyer, Wilhelm (2010) (Hg.) Deutsche Zustände 8, Frankfurt/M.

Husson, Michel (2010) The debate on the rate of profit, in: International Viewpoint Magazine, Nr. 426, Juli; [www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1894](http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1894)

Klein, Anna/ Heitmeyer, Wilhelm (2010) Wenn die Wut kein politisches Ventil findet, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) Deutsche Zustände 8, Frankfurt/M., 164-89.

Mariña Flores, Abelardo/ Izquierdo, Sergio Cámara (2010) The current crisis outbreak and development Interpretations and perspectives for the world economy, paper presented at the Congrès Marx International VI, 22.-25. September 2010, Paris; [http://actuelmarx.u-paris10.fr/cm6/com/MI6\\_Eco\\_Camara-Izquierdo\\_Sergio+Marina-Flores\\_Abelardo.pdf](http://actuelmarx.u-paris10.fr/cm6/com/MI6_Eco_Camara-Izquierdo_Sergio+Marina-Flores_Abelardo.pdf).

Wahl, Peter (2010) Fighting Fire with Buckets. A Guide to European Regulation of Financial Markets, WEED, Berlin; [http://www2.weed-online.org/uploads/guide\\_to\\_eu\\_regulation\\_of\\_finance\\_weed.pdf](http://www2.weed-online.org/uploads/guide_to_eu_regulation_of_finance_weed.pdf).



**Service-Hotline – 05 0301-301**

eMail: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

**[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)**

**GPA djp**  
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
 DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER

### Unser Service für Sie:

- **Rechtsberatung und Rechtsschutz** in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten
- **Beratung** zu Arbeitsrecht, Arbeitszeit, Abfertigung Neu, Kollektivvertrag, Einstufung, Überstunden, Karenz und Mutterschutz, Weiterbildung uvm.
- Mehr **Information** durch die Mitgliederzeitschrift **KOMPETENZ**
- Umfassendes **Service** durch die Mitglieds-**CARD**, auch im Bereich Freizeit, Sport, Kultur und Urlaub

**Mitglied sein bringt's!**